



„Berlin soll stark und menschlich werden“

Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters

Arbeit durch Aufschwung Klaus Wowereit will durch mehr Wirtschaft und den Ausbau der Infrastruktur die Stadt nach vorn bringen

DAPD/TIMUR EMEK, KROHN/FOTO

■ VON GILBERT SCHOMAKER
UND JENS ANKER

Es sind die Piraten, die Berlins Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) in Form bringen. Ein Zwischenruf von Gerwald Claus-Brunner zu den steigenden Mieten lässt Wowereit vom Redemanskript seiner Regierungserklärung aufschauen. „Jetzt werden Sie ja genauso munter, wie die FDP es früher war“, ruft Wowereit den Piraten entgegen, die im Abgeordnetenhaus auf den Sitzen der ausgeschiedenen Liberalen Platz genommen haben. „Ist da ein Netzzusammenbruch?“, fragt der Regierende Bürgermeister nicht ohne beißende Ironie. Denn während des bisherigen Teils seiner Rede haben die Piraten meist auf den Bildschirm ihrer Laptops geschaut. Es ist einer der wenigen Momente, in denen die Debatte über die Richtlinien der Regierungspolitik des rot-schwarzen Senats an Fahrt gewinnt. Das ändert sich erst wieder am Ende der Debatte – und wieder spielen die Piraten dabei eine Rolle.

Vier Monate nach der Abgeordnetenhauswahl hat es noch den Anschein, dass viele Parlamentarier ihre Rolle suchen. Am ehrlichsten drückt es der neue Fraktionsvorsitzende der SPD, Raed Saleh, in seiner Rede aus. „Wer hätte vor der Wahl gedacht, dass SPD und CDU in einer Koalition zusammenarbeiten? Ich hätte es nicht gedacht“, sagt er. Er selbst sei am Anfang kein Freund von Rot-Schwarz gewesen, gibt er zu. Aber in den Koalitionsverhandlungen habe sich herausgestellt, dass man gemeinsam pragmatische Lösungen für die Stadt gesucht habe.

Es ist dann auch dieser Pragmatismus, der die Rede des Regierenden Bürgermeisters prägt. Wowereit beginnt mit einer Feststellung: „Der neue Senat ist komplett. Er hat seine Arbeit aufgenommen.“ In der Tat ist der Senat seit einigen Minuten wieder komplett. Denn vor der Debatte wurde Thomas Heilmann (CDU) als neuer Justiz- und Verbraucherschutzsenator vereidigt, nachdem sein Vorgänger Michael Braun (CDU) nach nur elf Tagen aufgrund von Vorwürfen um eine Entlassung gebeten hatte. „Wir wollen Berlin zu einer starken und menschlichen Metropole machen“, gibt Wowereit als Ziel aus und fügt an, „für eine starke Wirtschaft, für gute Arbeit und für sozialen Zusammenhalt in Berlin. Für diesen Dreiklang steht der Senat. Das ist unsere Vision einer modernen Metropole im 21. Jahrhundert.“

Die Wirtschaft soll im Mittelpunkt von Rot-Schwarz stehen. Wowereit sagt es so: „Der Senat stellt ein großes Thema in den Mittelpunkt: weiteren wirtschaftlichen Aufschwung und damit mehr und bessere Arbeitsplätze.“ Allein 40 000 Jobs sollen durch den neuen Großflughafen in Schönefeld entstehen. Es ist in der Wirtschaftspolitik auch eine Kehrtwende, die Wowereit da zum Teil ankündigt. Weg vom Versorgungsstaat mit dem teuren öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), hin zu Großprojekten wie dem Weiterbau der A 100.

Gleichzeitig präsentiert sich der Sozialdemokrat aber auch als Landesvater, der an die Schwachen denkt: Einen Mindestlohn von 8,50 Euro soll es geben. Die Mieten sollen durch den Neubau von 30 000 Wohnungen bezahlbar bleiben. Und bei der Bildung soll jeder eine Chance bekommen – und sie auch bitte schön ergreifen. Da gibt es Applaus vom Koalitionspartner CDU, die insgesamt der Rede Wowereits mehr hörbare Unterstützung gibt als die Abgeordneten der eigenen Partei.

Neuer WLAN-Versuch

Einiges in der Rede ist altbekannt – soll aber erneut angegangen werden, wie ein kostenfreies WLAN-Netz, das auch schon der rot-rote Senat jahrelang plante, dann aber beerdigte. Anderes ist dagegen wirklich neu, wie die Erhöhung der Grunderwerbsteuer und die geplante Einführung der City-Tax, also einer Übernachtungsabgabe für Touristen. Und wieder anderes ist bezeichnend: In der Passage über Bürgerinitiativen und den Klimaschutz sagt Wowereit – ganz Chef im politischen Ring:

„Für Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls sind wir zuständig.“

Bis auf die Attacke aus der Piratenfraktion macht es die Opposition Wowereit an diesem Tag nicht besonders schwer. Die Grünen-Fraktionschefin Ramona Pop müht sich zwar, die Schwächen von Rot-Schwarz hervorzuheben: den Fehlstart im Justizbereich, die Vielzahl von Staatssekretären, die in der neuen Regierung Platz gefunden haben und die hohe Zahl von Erwerbslosen in der Stadt. „Kleine Maschen, große Löcher“, nennt es Pop. Dem Regierenden Bürgermeister wirft sie entgegen: „Im Wahlkampf noch voll in Fahrt wie ein Duracell-Männchen. Jetzt wieder im üblichen Energiesparmodus.“

Doch viele ihrer Pointen gehen im Redeschwall unter. Der Attackierte straft die Angreiferin, mit der er noch vor einigen Monaten über eine Koalition verhandelt hatte, mit Missachtung. Wowereit dreht sich bewusst zu seinem neuen Koalitionspartner um und sucht das Gespräch mit

CDU-Parteichef und Innensenator Frank Henkel. Auch Senatskanzleichef Björn Böhning nutzt die Rede der Grünen-Fraktionschefin, um durch die Regierungsbänke zu gehen und dem gerade ernannten Staatssekretär für Bauen, Ephraim Gothe (SPD), mit einem herzlichen Klaps auf den Rücken zu gratulieren.

Nicht nur SPD-Fraktionschef Saleh zeigt große Offenheit. Auch Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender der Linken, die zehn Jahre zusammen mit der SPD regiert hatten, findet einige ehrliche Worte. „Jetzt, in der Opposition, hat es auch etwas Befreiendes. Jetzt muss man nicht mehr die Kompromisse erklären.“ Und so nutzt Wolf seine Redezeit für Attacken auf Rot-Schwarz. „Ihre Regierungserklärung hat uns nicht vom Hocker gehauen.“ Dagegen verkaufte die neue Koalition viele Projekte aus gemeinsamen rot-roten Zeiten als gemeinsame Initiativen der neuen SPD-CDU-Koalition.

Pragmatisch und ideologiefrei

Auch CDU-Fraktionschef Florian Graf betont die vielen Gemeinsamkeiten der Koalition. „Wir haben das Ziel, eine pragmatische, ideologiefreie Politik zu machen“, sagt Graf. Das Leitbild der Koalition sei eine familiengerechte Stadt, die als Trendsetter für die Vereinbarung von Familie und Beruf über die Stadtgrenzen hinausstrahle. Graf verteidigt den Senat gegen die Kritik der Opposition, er sei schlecht besetzt. „Es gibt keine Landesregierung mit mehr wirtschaftspolitischer Kompetenz“, sagt er im Hinblick auf die beiden Unternehmer Ulrich Nußbaum und Thomas Heilmann am Senatstisch sowie die neue Wirtschaftsministerin Sybille von Obemnitz.

Die Piraten bleiben auch am Donnerstag ihrer Linie treu und fordern mehr Transparenz und mehr Begeisterung für die neuen Technologien von der Politik. Dann wird Christopher Lauer grundsätzlich. Er wirft dem etablierten Politikbetrieb vor, den verfassungsgemäßen Auftrag nicht mehr zu erfüllen. Gesetze würden in den Senatsverwaltungen formuliert und von den Abgeordneten lediglich abgeknickt. Außerdem seien die Politiker der etablierten Parteien nicht frei in ihrer Entscheidung. „Wer von Ihnen traut sich denn, die eigene Partei öffentlich zu kritisieren“, ruft er in das Plenum hinein. Da haben die meisten Abgeordneten aber bereits den Saal verlassen oder sprechen mit ihrem Nachbarn.



Erwiderung Ramona Pop (Grüne) kritisierte den Fehlstart von Rot-Schwarz

60 Euro mehr für Abgeordnete

Diäten Auf Antrag aller Fraktionen beschäftigte sich das Parlament am Donnerstag mit einer Diätenerhöhung für die 149 Abgeordneten. Parlamentspräsident Ralf Wieland (SPD) hatte eine entsprechende Änderung des Abgeordnetengesetzes vorgelegt. Demnach erhalten die Parlamentarier künftig 60 Euro mehr im Monat. Die Abgeordneten verdienen nun monatlich 3369 Euro.

Anhebung Hintergrund für die Erhöhung bildet die vor zwei Jahren beschlossene Auflösung der Diätenkommission des Abgeordnetenhauses. Statt die Diäten durch die Kommission in unregelmäßigen Abständen anzupassen, haben sich die Parlamentarier dafür entschieden, ihre Vergütung an das allgemeine Lohnniveau von 15 ausgewählten Branchen zu koppeln.

Pauschale Da im vergangenen Jahr die Löhne in diesen Branchen um durchschnittlich 1,8 Prozent anstiegen, passen sich die Diäten entsprechend an. Auch die steuerfreie Kostenpauschale für Büroarbeiten und Fahrtkosten erhöht sich um 25 auf 994 Euro. In den vergangenen Jahren waren die Diätenerhöhungen in der Regel hinter der Entwicklung anderer Branchen zurückgeblieben. -ker